

# Brüssel: EU einigt sich auf Amalgam-Verbot für Kinder

**Ab 1. Juli 2018 sollen Zahnärzte Amalgam bei Kindern sowie schwangeren und stillenden Frauen nur noch in absoluten Ausnahmen verwenden dürfen. Außerdem soll bis 2020 geprüft werden, ob Zahnärzte ab 2030 ganz darauf verzichten können.**

Die Europäische Union hat sich am 06. Dezember in den Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Kommission und Rat zur Ratifizierung der Minamata-Konvention, auf einen Kompromiss bei der Verwendung von Amalgam geeinigt. Nachdem sich die Kommission und auch der Rat zunächst gegen weitreichende Maßnahmen ausgesprochen hatten, kann man das Ergebnis als Erfolg bezeichnen, der besonders dem Engagement des Abgeordneten Stefan Eck zu verdanken ist, der die Verhandlungen für das Europäische Parlament geleitet hat.

Mit dem Kompromiss kann die EU das internationale Abkommen nun ratifizieren.

«Die EU hat jetzt einen klaren Fahrplan, Zahn-Amalgam zu reduzieren und möglicherweise sogar zu stoppen», kommentierte eine Kommissionssprecherin.

- **Ab dem 1. Juli 2018** wird die Verwendung von Amalgam bei Kindern bis **15 Jahren** sowie bei schwangeren und stillenden Frauen verboten. - hierbei ist besonders die Altersgrenze von 15 Jahren als Erfolg zu bewerten (bis zum letzten Verhandlungstag lag sie noch bei 12 Jahren!). Allerdings ist auch eine Ausnahmeregelung vorgesehen, die es Zahnärzten erlaubt, von Fall zu Fall anders zu entscheiden. Die aktuelle Formulierung lässt jedoch hoffen, dass diese nur in absoluten Ausnahmefällen, wie z.B. bei Allergien auf alternative Materialien, angewandt werden darf. Eine präzise Ausarbeitung der Ausnahmen wird erst in den kommenden Wochen erwartet.

- Zum **1. Januar 2019** wird eine eigene Sammlung und sichere Entsorgung quecksilberhaltiger Abfälle aus Zahnarztpraxen europaweit vorgeschrieben. -Das betrifft sowohl Rückstände wie Knet- und Stopfreste, Kapseln mit Amalgam-Anhaftungen oder Amalgamfüllungen in extrahierten Zähnen als auch die in Deutschland bereits seit 1989 vorgeschriebenen Amalgamabscheider mit einem Abscheidegrad von mindestens 95% (Amalgamabscheider müssen zudem, den Empfehlungen der Hersteller entsprechend, regelmäßig gewartet werden). Ein weiterer Sonderfall sind die Filtersiebe, die unter dem Speibecken eingebaut sind. Sie dürfen nicht abgespült werden, denn dadurch könnte Amalgamschlacke in das Abwasser gelangen, sondern müssen regelmäßig gewechselt und entsorgt werden. - Alle amalgamhaltigen Abfälle sind Sondermüll und müssen dementsprechend dem Entsorger übergeben werden.

- Ab **Januar 2019** darf Amalgam auch europaweit nur noch in verkapselter Form angewendet werden.

- Bis **Juli 2019** soll jeder Mitgliedstaat einen nationalen Maßnahmenplan ausarbeiten, wie die Verwendung von Amalgam noch weiter gesenkt werden kann. - Dies ist besonders relevant für Mitgliedstaaten, wie Deutschland, bei denen viele der EU-Maßnahmen ohnehin schon Standard sind. Es ist also eine weitere Gelegenheit, in Deutschland ein generelles Verbot nach dänischem (geringe Ausnahmen) oder schwedischen (sehr geringe Ausnahmen) Modell umzusetzen.

- Bis zum **30.Juni 2020** muss die Europäische Kommission eine Studie vorlegen, die die Quecksilberemission aus Krematorien erneut bewertet. Außerdem soll untersucht werden, ob ein generelles Amalgamverbot, vorzugsweise **bis 2030**, unter Berücksichtigung nationaler organisatorischer Voraussetzungen bei der medizinischen Versorgung, umgesetzt werden kann. - Das entspricht in etwa einer Anfrage, die im November bereits an den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages gestellt wurde und aktuell noch bearbeitet wird. (Anfrage: Welche alternativen und quecksilberfreien Materialien werden von den staatlichen Krankenkassensystemen der EU-Mitgliedsstaaten, in denen kein Amalgam mehr angewendet wird oder streng eingeschränkt ist, in welcher Höhe übernommen, wie ist das System der Kostenübernahme ausgestaltet? Welche Qualität und Kosten haben alternative Füllungsmaterialien wie Glasionomerezemente, Kompomere, Bulkfillmaterialien und Komposite für den Patienten in Anbetracht eines möglichen generellen Amalgamverbotes? Wie könnte man in Deutschland ein System der Kostenübernahme bei einem Amalgam-Verbot unter Berücksichtigung der Einsparungen der Umwelt-Kosten ausgestalten?)

Nach diesem Kompromiss wird es im Januar nun noch eine formelle Abstimmung im europäischen Parlament geben, bevor sich der Bundestag im Frühjahr mit dem Thema beschäftigen wird.

Wir freuen uns sehr über diesen ersten Erfolg. Die Maßnahmen schützen die Kinder und erhöhen das Bewusstsein über die Giftigkeit von Amalgam in der Bevölkerung. Wir werden uns aber auch weiterhin für ein generelles Amalgam-Verbot einsetzen.

Florian Schulze

Gesellschaft für Schwermetalltoxikologie,  
Weltverband für Quecksilberfreie Zahnmedizin